

# Lonza arbeitet mit Volldampf für Moderna

*Der Auftragsfertiger in Visp ist in einer hektischen Expansionsphase. Rund 200 Mitarbeiter sind im Oberwallis derzeit mit der Produktion des Impfstoffes beschäftigt. Bald sollen es doppelt so viele sein*

DOMINIK FELDGES (TEXT),  
GORAN BASIC (BILDER), VISP

An der Schleuse vor dem Gebäude, in dem Lonza in Visp den Wirkstoff für die Corona-Impfung von Moderna herstellt, herrscht Gedränge. Es ist Zeit für den Schichtwechsel.

An diesem Donnerstagabend vor dem Pfingstweekende um 17 Uhr strömen allerdings nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter der Moderna-Produktionslinien sowie Laborpersonal nach draussen. Es befinden sich auch zahlreiche Bauarbeiter auf dem Weg in den Feierabend. Das Gelände rund um das nigelneue Produktionsgebäude gleicht einer grossen Baustelle, auf der zu Spitzzeiten bis zu 1000 Arbeiter einschliesslich zahlreicher Sicherheitsangestellter im Einsatz stehen.

## Wo befindet sich die Fertigung?

Der Manufacturing Complex 1, wie das Gebäude mit den zurzeit drei Produktionslinien für Moderna bei Lonza firmenintern genannt wird, ist im Innern noch nicht fertig. Die Kunden ziehen schrittweise in den wuchtigen Bau ein, der ungefähr die Dimension eines Fifa-konformen Fussballstadions aufweisen und insgesamt rund 1 Mrd. Fr. gekostet haben soll. Bezüglich Moderna heisst es, die US-Biotechnologiefirma habe sich 20% der Gesamtfläche gesichert.

Doch wo genau findet die Produktion des Wirkstoffs für den begehrten Impfstoff statt, von dem sich allein die Schweiz bis anhin die Lieferung von 13,5 Mio. Dosen im laufenden Jahr sowie mindestens 7 Mio. weiteren für das nächste Jahr gesichert hat? Bei einem Rundgang über das riesige Betriebsareal von Lonza deutet der Werkleiter Renzo Cicillini mit der Hand in Richtung des Firmenlogos, das in grossen Lettern auf der Vorderseite des Gebäudes prangt. «In diesem Bereich liegt man nicht falsch», erklärt er geheimnisvoll.

## Besucher unerwünscht

Wenn es um Moderna geht, scheint Lonza weitgehend zum Schweigen verpflichtet zu sein. Cicillini, der selbst ein Kommunikationsprofi ist (vor seiner Ernennung zum Werkleiter vor zwei Jahren verantwortete der Walliser die Unternehmenskommunikation am Standort Visp), nennt die Firma nicht einmal beim Namen, wenn er über sie spricht. Stattdessen wählt er konsequent die Bezeichnung «der Kunde». Besuche im Innern des Produktionsgebäudes sind strikte untersagt, auch für Medienvertreter. Lonza befürchtet, von Anfragen überrannt zu werden, sobald eine Ausnahme gewährt würde.

Immerhin lässt sich ein Blick durch die grossen Fenster ins Parterre werfen, wo gut zwei Dutzend Mitarbeiter in einem Grossraumbüro an Bildschirmen sitzen, umgeben von zahlreichen

Bundesordnern. In der Wirkstoffproduktion werden nicht nur Operateure an biotechnologischen Produktionsanlagen, sondern auch Angestellte für die Qualitätskontrolle sowie die Erstellung einer Vielzahl von Dokumentationen benötigt. Wie alle Tätigkeiten in der Pharmaindustrie ist auch diese Aktivität streng reguliert, und viele der Dokumentationen müssen nach wie vor in Papierform vorhanden sein.

## Mitarbeiter vorab geimpft

Wie Cicillini beim Vorbeigehen beiläufig erwähnt, sind die Produktionsmitarbeiter sowie die Beschäftigten in produktionsnahen Bereichen wie in dieser Abteilung schon ab vergangendem März geimpft worden. Der Kunde habe dafür Dosen ausserhalb des offiziellen für die Schweiz vorgesehenen Kontingents zur Verfügung gestellt. Ziel dieser Massnahme sei es gewesen, die Kontinuität der Geschäftstätigkeit jederzeit zu gewährleisten.

Die Produktion von Lonza für Moderna in Visp ist nicht nur für die Versorgung der Schweiz kritisch. An diesem Standort werden in grossen Mengen auch Wirkstoffe für das Vakzin hergestellt, das in zahlreichen anderen Ländern ausserhalb der USA für die Verabreichung vorgesehen ist.

Mittlerweile hat Lonza auch damit begonnen, die Angestellten ausserhalb der Produktion sowie Angehörige, die mit ihnen im selben Haushalt leben, zu impfen. Die Impfung ist laut Unternehmen freiwillig, es gebe aber eine klare Empfehlung dafür. Die nun benutzten Dosen stammen aus dem Kontingent des Kantons Wallis.

Der in Basel domizillierte Auftragsfertiger beschäftigt in seinem weltgrössten Werk inzwischen fast 4200 Mitarbeiter. Darin eingerechnet sind knapp 800, die in den nächsten Monaten im Zuge des angekündigten Verkaufs der Geschäftsaktivitäten im Bereich Spezialitätenchemie einen neuen Arbeitgeber (zusammengesetzt aus den beiden Finanzfirmen Bain Capital und Cinven) erhalten werden.

## Anspruchsvolle Personalsuche

Von den ungefähr 3400 Beschäftigten im verbleibenden Pharmabereich sind lediglich rund 200 für Moderna tätig. Allerdings mussten sie im vergangenen Jahr innerhalb von kurzer Zeit rekrutiert werden. Weil Lonza und Moderna Ende April 2021 bekanntgegeben haben, die Produktionskapazität bis Anfang 2022 zu verdoppeln, müssen nun nochmals so viele gefunden werden. Statt drei werden künftig sechs Produktionslinien im Einsatz stehen, die auf eine Herstellung von jährlich 600 Mio. Dosen (bisher 300 Mio.) ausgelegt sind.

Die Expansion stellt Lonza vor grosse Herausforderungen, nicht nur weil weltweit händierend Fachkräfte



Im alten Teil von Lonza aus den neunziger und nuller Jahren wird noch klassisch Chemie verarbeitet.



Das Firmengelände ist derzeit eine grosse Baustelle.



Renzo Cicillini, ein Werkleiter mit Schweigepflicht.

Wenn die polnische Laborspezialistin nach Feierabend in der gleichen Blaskapelle trompetet, ist sie sogleich nahbarer.



Die Chemikaliensparte fährt auf einem separaten Gleis.



Der Oberwalliser Standort von Lonza zählt zu den grössten Industriearalen der Schweiz.

für die Vakzinherstellung gesucht werden. Laut jüngsten Branchenprognosen soll es dieses Jahr gelingen, gesamt-haft bereits 11 Mrd. Dosen an Impfstoffen gegen Covid-19 herzustellen. Vor der Pandemie verfügte die Pharmabranche über eine jährliche Produktionskapazität für Vakzine aller Arten von lediglich ungefähr 3,5 Mrd. Dosen. Für den Pharmazulieferer Lonza kommt bei der Personalsuche erschwerend hinzu, dass er auch in anderen Geschäftsbereichen mit einer starken Nachfragesteigerung konfrontiert ist. «Wir haben am Standort Visp ein überproportionales Wachstum. Die Aktivitäten im Bereich der Vakzinherstellung sind noch dazugekommen, was nicht geplant war», sagt Cicillini, die Situation zusammenfassend.

### Ein Neubau nach dem anderen

Allein in den vergangenen drei Jahren entstanden im Oberwalliser Werk von Lonza 1000 neue Stellen. Dieses Jahr sind weitere 1200 eingeplant, und 2022 dürften laut Cicillini nochmals mehrere hundert dazukommen.

Das Unternehmen hat in den vergangenen Wochen bereits angekündigt, in Zusammenarbeit mit einem namentlich nicht bekannten Kunden für 200 Mio. Fr. ein Gebäude für die chemische Produktion von Pharmawirkstoffen zu errichten. Es soll dereinst 200 Arbeitsplätze umfassen. Weitere rund 300 sollen auf einen – 650 Mio. Fr. teuren – Neubau entfallen, in dem die Herstellung von Säugetierzellen für Biotech-Medikamente geplant ist.

Arbeiter haben direkt hinter dem Gebäude mit den Moderna-Produktionslinien bereits damit begonnen, für diesen Bau Pfähle in den Boden

zu rammen. Dies ist notwendig, weil sich das Betriebsgelände von Lonza in einem Sumpfbereich entlang der Rhone befindet.

### Offensive in der Romandie

Um seinen hohen Personalbedarf besonders in der Produktion zu decken, will das Unternehmen erstmals vorstärkt in der Romandie auf Mitarbeitersuche gehen. Die französischsprachige Kantonshauptstadt Sitten lässt sich von Visp mit dem Zug in einer halben Stunde erreichen. Das Unterwallis verzeichnete in den vergangenen Jahren ein starkes Bevölkerungswachstum, was Lonza die Suche erleichtern sollte.

Da allerdings nur wenige Romands über vertiefte deutsche Sprachkenntnisse verfügen, ist das Unternehmen gezwungen, am Standort Visp die Verwendung des Englischen zu fördern. Man werde künftig alle deutschsprachigen Unterlagen und Anweisungen ins Englische übersetzen, sagt Cicillini. Die Firma setzt darauf, dass vor allem jüngere Romands Englisch deutlich besser als Zweitsprache beherrschen als Deutsch.

### Der Bund hilft mit

Bei der Personalsuche für die Wirkstoffherstellung im Auftrag von Moderna kann Lonza neu auf die Unterstützung des Bundes zählen. Bundesrat Alain Berset wies am Mittwoch vergangener Woche an einer Medienkonferenz darauf hin, dass man aus Kreisen der Bundesverwaltung und der Hochschulen 75 Leute vermittelt habe – die ersten 15 von ihnen würden ihren Einsatz bei Lonza schon Ende Mai 2021 beginnen.

Daneben steht der Konzern auch mit einer Reihe von Unternehmen in Kontakt, die angeblich froh sind, Angestellte eine Zeitlang anderswo arbeiten lassen zu können. Um welche es sich handelt, will Cicillini nicht angeben. Nicht wenige der betroffenen Mitarbeiter müssen offenbar erst informiert werden.

In der Pharmabranche gibt es Befürchtungen, wonach angesichts der weltweit stark steigenden Produktion von Corona-Impfstoffen schon im kommenden Jahr Überkapazitäten entstehen könnten. Bei Lonza scheint man diese Sorge indes nicht zu teilen. Der Konzern vertraut wie Moderna darauf, dass der Bedarf an Impfungen wegen Mutationen noch länger hoch sein wird. Ausserdem habe man mit dem Kunden einen Zehnjahresvertrag geschlossen, und auf den Anlagen liessen sich – auf Basis der mRNA-Technologie – auch Impfstoffe gegen andere Krankheiten herstellen, sagt Cicillini.

### Einstieg in Impfstoffabfüllung

Dem Vernehmen nach verfolgt Lonza mit Blick auf die Vakzinherstellung noch weitere Ambitionen. Das Unternehmen soll sich mit dem Gedanken tragen, auch in das Geschäft mit der Abfüllung einzusteigen. Zurzeit werden die für Moderna produzierten Wirkstoffe noch in einem Werk des spanischen Konkurrenten Rovi in der Nähe von Madrid fertig formuliert und in Glasampullen abgefüllt. Lonza hätte Moderna gerne von Anfang an alles aus einer Hand angeboten. Doch war es der Firma nicht möglich, innerhalb von nur acht Monaten neben der Wirkstoffproduktion auch noch das sogenannte Finishing und Filling aufzuziehen.

# Das Oberwalliser Wirtschaftswunder

Um Fachkräfte in die periphere Region zu locken, lassen sich die Behörden einiges einfallen

ANTONIO FUMAGALLI, VISP

Geht es der Lonza gut, geht es Visp gut. Das war schon immer so – und das wird sich auch nicht so schnell ändern. Wenn der Zulieferer der Pharmabranche, wie im April geschehen, die Schaffung von 1200 neuen Arbeitsplätzen ankündigt, reibt man sich in der 8000-Seelen-Gemeinde die Hände. Aber längst nicht nur dort: Vom Aufschwung profitiert ein ganzes Ökosystem.

«Das ist nicht nur für die Region Visp eine wunderbare Neuigkeit, sondern auch für das Wallis und die ganze Schweiz. Sie zeigt, dass unser Kanton als Wirtschaftsstandort attraktiv ist und den Bedürfnissen der Unternehmen entspricht», so Christophe Darbellay. Der kantonale Wirtschaftsvorsteher sagt aber auch: Die Infrastruktur und die Dienstleistungen müssten nun so angepasst werden, dass die Lebensbedingungen «weiterhin so gut wie heute» seien.

Diese Arbeit, sie fällt zu einem beträchtlichen Teil in den Gemeinden an. In Visp hat sie längst begonnen, denn die Gegend ist nicht erst seit der jüngsten Ankündigung der Lonza zur Boom-Region geworden. Der wohl wichtigste Treiber in den letzten beiden Jahrzehnten war die Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels im Jahr 2007. Auf einen Schlag lagen die Städte Thun und Bern in Pendeldistanz – was sich entsprechend in der Bevölkerungsentwicklung, aber auch in den Immobilienpreisen niedergeschlagen hat.

### Das Stadion wäre bereit

Weil das Wirtschaftswachstum – mit Unterbrüchen – auch in der Folge anhielt und sich der Fachkräftemangel akzentuierte, stampften die Behörden 2018 das Regionalentwicklungsprogramm Wiwa aus dem Boden. Beteiligt sind neben Vertretern der umliegenden Gemeinden, der Fernfachhochschule und den Tourismusverbänden notabene die Unternehmen Lonza, Matterhorn-Gotthard-Bahn, Bosch/Scintilla und das Spitalzentrum Oberwallis. Denn was in der Restschweiz – der Üsserschwiz, wie man in Visp sagt – geflissentlich vergessen geht: Zwar ist die Lonza das erfolgreichste, dynamischste und dank dem

Moderna-Wirkstoff ein medial bestes vermarktetes Unternehmen, der wirtschaftliche Erfolg des Oberwallis hat aber viele Eltern.

Ziel von Wiwa ist, den unzähligen Zuwanderern die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein Leben im Schatten der Berggipfel bereitzustellen. Dazu zählen naturgemäss Faktoren wie die Verfügbarkeit von Wohnraum, das Angebot des öffentlichen Verkehrs oder die Qualität der Bildungseinrichtungen. Vermeintlich weiche Faktoren könnten für das persönliche Wohlbefinden aber ebenso entscheidend sein, sagt der Projektleiter Marc Franzen. So etwa das Mitwirken in einem der über 2000 Vereine des Oberwallis.

Wenn nicht gerade ein Virus die Welt in Atem hält, organisiert Wiwa einmal monatlich Schnupperkurse bei ausgewählten Gruppierungen. Mit Erfolg, wie Franzen beteuert. Für eine Gemeinde mittlerer Grösse ist das kulturelle und sportliche Angebot von Visp überdurchschnittlich, im Kulturzentrum «La Poste» finden Ausstellungen sowie – sofern keine behördlichen Einschränkungen wie seit gut einem Jahr wegen der Pandemie dies verhindern – Konzerte und gar Opern statt, und das neue Eishockeystadion ist National-League-würdig. Das Nachtleben kann allerdings kaum mit demjenigen der urbanen Zentren mithalten. Dafür wirkt die Kleinstadt zu verschlafen.

### Starke Willkommenskultur

Das Freizeitangebot hilft bei der Integration der Zugezogenen – und es trägt dazu bei, allfälligen Ressentiments vonseiten der ansässigen Bevölkerung vorzubeugen. Wenn die polnische Labor-spezialistin nach Feierabend in der gleichen Blaskapelle trompetet, ist sie sogleich nahbarer. Niklaus Furger, Gemeindepräsident von Visp, betont aber, dass Visp «immer schon eine ausgeprägte Willkommenskultur» gekannt habe. Zuerst seien die «Üsserschwitzer», später die Italienerinnen und Italiener und jetzt eben die Arbeitskräfte aus entfernteren Ländern – rund die Hälfte der Zuzüger hat mittlerweile nicht mehr Deutsch als Muttersprache – ins Rhonetal gekommen. Mit Ablehnung sei man ihnen schon früher nicht

entgegengetreten. Weil sich der Zustrom nun akzentuieren werde, sei die Herausforderung für die Infrastruktur der Gemeinde beträchtlich, sagt Furger. «Aber es ist ja nicht so, dass die Entwicklung aus heiterem Himmel geschieht. Wir sind vorbereitet.» So habe man bereits vor 30 Jahren das Gebiet «Visp West» als Entwicklungszone für Wohnraum ausgeschieden. Damals standen in jenem Perimeter drei Häuser, jetzt sind es Dutzende.

### Ein Campus für Kinder

Doch damit nicht genug: Rund 300 Wohnungen sind derzeit im Bau oder bereits genehmigt. «Für eine Gemeinde unserer Grösse ist das enorm», sagt Furger. Und weil die neuen Bewohnerinnen und Bewohner häufig Kinder haben – jeder zweite Zuzüger kommt mit der Familie –, muss die Gemeinde nun ihre Betreuungsplätze rasch ausbauen. Laut Angaben des Kantons gab es in der Region bis anhin 900 Plätze, bis 2024 könnten es doppelt so viele sein. In Visp soll gar ein eigener Campus für die Betreuung von Kleinkindern entstehen.

Der Wirtschaftsboom fordert die Gemeinde auch an unerwarteter Stelle: Für die neuen Produktionswerke benötigt die Lonza künftig ein Vielfaches der bisher verbrauchten Trinkwassermenge – im Wallis gerade in den trockenen Sommermonaten ein knappes Gut. Für 10 Mio. Fr., wobei die Lonza die Hälfte bezahlt, soll eine neue Leitung Wasser aus dem Aletschgebiet herholen – und gleichzeitig auch die Versorgung der Bevölkerung langfristig sichern.

All die Projekte kosten die Oberwalliser Gemeinden eine schöne Stange Geld. Die Vorteile überwiegen dennoch deutlich. Die Lonza allein zahlt laut eigenen Angaben mehr Löhne aus, als die Walliser Bergbahnen Umsatz machen. Diese müssen wiederum versteuert werden, was Geld in die Kassen der Gemeinden spült (wobei die Mitarbeiter längst nicht nur im Wallis wohnen). Die Arbeitslosenquote in der Region Visp liegt bei rund 1% gegenüber 1,6% im Oberwallis und 3,7% auf kantonaler Ebene. Es sind Zahlen, von denen viele andere Randregionen nur träumen können.

# Noch ein Ausbau der staatlichen Nothilfen

Der Bundesrat beschliesst Sonderklauseln für Härtefälle

HANSUELI SCHÖCHLI

Das normale Leben ist wieder ein Stück näher gerückt. Der Bundesrat hat am Mittwoch einen weiteren Öffnungsschritt beschlossen und auch schon die nächste Lockerungsetappe per Anfang Juli angekündigt. Laut einer zusätzlichen Ankündigung vom Mittwoch plant der Bundesrat auch die «Normalisierung der Wirtschaftspolitik». Die Regierung will angesichts der Lockerungen und der einsetzenden Wirtschaftserholung «die ausserordentlichen Stützungsmaßnahmen in Form von A-fonds-perdu-Beiträgen für Unternehmen auslaufen lassen».

Doch Staatshilfen sind wie Drogen: Droht der Entzug, kommt der Aufschrei. So erinnerte die Mitteilung des Bundesrats ein bisschen an den sprichwörtlichen Kettenraucher, der sagt, dass er übermorgen aufhören wolle – aber zuvor noch ein paar Extrazigaretten rauchen müsse. Denn die Regierung beschloss eine Ausdehnung der Nothilfen vor deren Auslaufen. Zum einen will der Bundesrat den Rahmen der Härtefallhilfen für Betriebe ausdehnen. Als Härtefall gelten im Prinzip zwangsgeschlossene Betriebe sowie übrige Unternehmen, die wegen der Pandemie beim Jahresumsatz mindestens 40% eingebüsst haben. Nun soll es bei den Firmen bis 5 Mio. Fr. Jahresumsatz noch eine neue Kategorie von «Härtefällen unter den Härtefällen» geben: Bei einer Umsatzeinbusse von mindestens 70% soll das Maximum des nichtrückzahlbaren Staatsbeitrags 30% des Jahresumsatzes statt 20% ausmachen. Diese Sonderklausel für KMU dürfte laut Bundesangaben unter anderem Reisebüros, Stadthotels, Schausteller und Veranstalter betreffen. Laut Bundesschätzung könnte diese Klausel Zusatzzahlungen von 100 bis 500 Mio. Fr. auslösen.

### Weitere Sonderfälle

Bei den Grossfirmen gibt es bereits eine ähnliche Sonderklausel für Betriebe mit mindestens 70% Umsatzeinbusse. Trotzdem sind auch für gewisse Grossbetriebe noch zusätzliche Erleichterungen vorgesehen. So zeigt sich der Bundesrat bereit, gewisse Sonderhilfen zu finanzieren, welche die Kantone in bestimmten Fällen über den normalen Rahmen des Bundesprogramms hinaus beschliessen. Den konkreten Anlass für diese Ausdehnung scheinen die Ansprüche von einigen grossen Gastroketten geliefert zu haben, für welche die im Normalfall gültige Maximalhilfe von 5 Mio. Fr. angesichts von Umsätzen im dreistelligen Millionenbereich relativ wenig bringt.

Wie bei manchen Ausdehnungen der Nothilfen zuvor sieht sich der Bundesrat auch jetzt wegen Rückmeldungen aus den Kantonen und Druck aus dem Bundesparlament im Zugzwang. Die

Wirtschaftskommission des Nationalrats hatte vergangene Woche einstimmig eine Motion angenommen, wonach die Staatshilfe für stark Corona-geschädigte Grossbetriebe in begründeten Ausnahmefällen über das normale Maximum hinausgehen dürfe. Die nächste Woche beginnende Juni-Session gäbe dem Parlament die Gelegenheit, via Revision des Covid-19-Gesetzes den Bundesrat zu weiteren Ausdehnungen der Nothilfen zu zwingen.

Immerhin scheint sich das Härtefallprogramm des Bundes nicht ganz als Fass ohne Boden zu entpuppen. Gemäss jüngsten Prognosen dürfte das derzeit vorgesehene Kostenmaximum von 10 Mrd. Fr. für Bund und Kantone zusammen nicht voll ausgeschöpft werden. Die Kantone haben bis zum 18. Mai nichtrückzahlbare Härtefallhilfen von total 2,3 Mrd. Fr. gesprochen. Weitere Milliarden könnten noch hinzukommen, doch laut jüngster Bundesschätzung dürften die Gesamtkosten kaum über 6 Mrd. Fr. liegen.

### Mehr Geld für Veranstalter

Aus einem separaten Topf kommen die vom Parlament beschlossenen Staatshilfen für abgesagte Grossanlässe. Dieser Topf ist für bewilligte Anlässe gedacht, die zwischen Anfang Juni 2021 und Ende April 2022 vorgesehen waren, aber wegen der Pandemie abgesagt oder verschoben werden. Der Bundesrat hat am Mittwoch die Verordnung mit den Detailregeln verabschiedet. Abgedeckt sind Anlässe ab 1000 Teilnehmern mit überkantonalem Besucherkreis. Die Basis für das Ausmass der Entschädigungen sind die ungedeckten Kosten des Veranstalters, das Maximum beträgt 5 Mio. Fr. pro Veranstaltung.

Im Vergleich zum Verordnungsentwurf von Ende April hat die Regierung nun noch drei Lockerungen beschlossen. So muss ein betroffener Veranstalter nur die ersten 5000 Fr. statt 30 000 Fr. selber bezahlen. Zudem muss der Veranstalter von den übrigen ungedeckten Kosten nur 10% statt 20% übernehmen. Die Ausfallversicherung deckt Veranstalter ab, die zu nicht mehr als 50% dem Staat gehören; der Verordnungsentwurf hatte eine Schwelle von 10% enthalten. Durch die höhere Schwelle soll laut Bundesangaben die Abdeckung von grossen Messen gesichert werden.

Angesichts des Öffnungsfahrplans des Bundesrats kommt diese Ausfallversicherung im Prinzip für Veranstaltungen ab Anfang Juli infrage. Da die Kantone aber Zeit für die Umsetzung brauchen, dürften oft erst Veranstaltungen ab August oder September abgedeckt sein. Der Bund schätzt die Gesamtkosten dieser Ausfallversicherung auf rund 300 Mio. Fr. Die Hälfte der Kosten tragen die Kantone.

## IN KÜRZE

### Deutschland und Frankreich möchten digitalen Euro

(dpa) · Deutschland und Frankreich wollen noch in diesem Jahr ein Pilotprojekt für einen digitalen Euro anstossen. Eine digitale Währung sei wichtig für die europäische Souveränität, sagte Finanzminister Olaf Scholz am Mittwoch nach einem Treffen mit seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire. Ein digitaler Euro würde die Auswahl an Zahlungsmitteln vergrössern und könnte eine Antwort auf privatwirtschaftliche Kryptowährungen wie Bitcoin sein. Im Gegensatz zu diesen würde er von der Europäischen Zentralbank herausgegeben. Ziel ist nicht, Euro-Scheine und -Münzen abzuschaffen, sondern zu ergänzen. Nach Einschätzung von Fabio Panetta, Mitglied des EZB-Direktoriums, könnte ein Digital-Euro frühestens im Jahr 2026 eingeführt werden.

### Shell verliert Klimaprozess und muss Emission drosseln

(dpa) · Der Öl- und Erdgaskonzern Shell hat einen grossen Klimaprozess gegen Umweltschutzorganisationen verloren und muss nach dem Urteil seine Kohlendioxidemissionen erheblich senken. Shell müsse den Ausstoss von CO<sub>2</sub> bis 2030 um netto 45% im Vergleich zu 2019 senken, erklärte das Gericht am Mittwoch in Den Haag. Nach dem Urteil ist der britisch-niederländische Konzern zum Klimaschutz verpflichtet, das gelte für die eigenen Unternehmen ebenso wie für Zulieferer und Endabnehmer. Das Gericht erklärte, dass die beschlossenen Massnahmen des Unternehmens «wenig konkret und voller Vorbehalte» seien. Mehrere Umweltorganisationen sowie mehr als 17 000 Bürger hatten den Konzern verklagt. Shell verstosse gegen die globalen Klimaziele und investiere weiter umfangreich in die Förderung von Öl und Erdgas, hatten die Kläger angeführt.

Weitere Artikel auf Seite 29